

Berlin.
Mittwoch, 1. April.

Stundenzeitung: Berlin: Dienstl. 1. Kl. 20 Ap.,
für ganz Preußen 2. Kl. 12 Ap.; für das übrige
Deutschland 2. Kl. 24 Ap.

(Abend-Ausgabe.)

N 154.

1857. — 10th Jahrgang.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des
u. Auslands an; Berlin b. Cred. Lindenstr. 81.
Inserate: die Zeitung 2. Aufl.

National-Zeitung.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die hoffstein-saenburische Angelegenheit; die Belästigung der Agenten der Versicherungs-Gesellschaften; Weimar: aus dem Landtage. Aus dem Schleswischen: Abreisung dänischer Prediger. Frankreich: Paris: die neuenburger Konferenz; Tagesschau. Großbritannien: London: die Wahlen; Palmerston. Italien: aus Rom. Amerika: New York: neuere Post. Berliner Nachrichten.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Es ist vielfach von einer Differenz zwischen unsrer und der österreichischen Regierung in Betreff der Verhandlung der hoffstein-saenburischen Angelegenheit die Rede gewesen; erste wünschte dieselbe angeblich sofort am Bund zu bringen, während man von Wien her vorschlug, vorher noch eine Kollektionsnote an das dänische Kabinett zu richten. Nach einer im gestrigen Abendblatt von uns mitgetheilten Wiener Korrespondenz der "Athenaeum" hätte Preußen die Abfahrt ausgesprochen, die Sache einseitig dem Bundestag vorzulegen, falls die österreichische Regierung sich nicht anschließen wollte, worauf leichter der preussischen Auffassung beigetreten sei und die betreffenden Institutionen bereitstünden an ihren Gefolgten in Frankfurt bestellt habe. — Die "Zeit" enthält in Beziehung hierauf folgende Berichtigung: "Wir haben Grund die volle Richtigkeit dieser Mittheilungen entschieden zu bezweisen. Es ist die Angelegenheit weder so weit gediehen, als der betreffende Korrespondent berichtet, noch haben die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Berliner und Wiener Kabinett im ganzen Laufe der Verhandlungen eine solche Schärfe erlangt, als oben angegeben wird. Im Gegenteil sind, soweit wir Gelegenheit hatten, uns darüber zu unterrichten, beide Kabinette über die ihnen von Kopenhagen durch den Baron von Böllow mündlich wie schriftlich gemachten Eröffnungen niemals verschieden Meinung gewesen; und wenn über die Form, dieser Meinung Ausdruck und Folge zu geben, eine Verschiedenheit der Ansicht aus geherrscht haben mag, so ist diese doch nicht lachsgreifende Natur gewesen und die Gemeinlichkeit des zu erreichenden Ziels hat, wie wir hören, den Vorstellungen des einen Kabinetts das volle Entgegenkommen des andern gesichert. Es besteht in dieser Frage also — wie schon die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses angedeutet hat — eine vollkommene Übereinstimmung der Auffassung der beiden den Kabinett. Eine Vorlage bei dem Bunde ist früherer Kenntnis noch nicht vorbereitet und für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten; eben so wenig sollen neuere Noten nach Kopenhagen abgegangen sein, aber die Eröffnungen, welche in Berlin und Wien gemacht sind, lassen keinen Zweifel, daß, wie man nicht gewußt sei, den Rechten des Sonderbundes vorgezogenen, man auch nicht die Rechnung habe, die fragliche Angelegenheit in unbestimmter Schwere zu erhalten und den Rechten zu vergeben, welche die Bundesalte und sonstige Verträge den Mitgliedern des deutschen Bundes sichern."

Der "Bres. Ztg." wird von hier in Betreff der Verstärkung der Agenten der Versicherungen-Gesellschaften geschrieben, es sei anläßlich ein Ministerial-Erlaß des Inhalts ergangen, daß, da nach § 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1853 der Agent die Koncession der Regierung denjenigen Bevölkerung nachzuweisen habe, in welchem das Geschäft zu betreiben beabsichtigt, und durch diese Vorrichtung die früheren davon abweichenden Bestimmungen außer Kraft getreten seien, der in einem Regierungsbezirk bereits konzessionierte Agent, wenn er außerdem in dem Bezirk einer anderen Regierung zum Geschäftsbetriebe versteckt zu werden wünscht, auch noch den Konzession dieser leitgedachten Regierung erhält. Dabei ist bemerkbar, daß die Vorankündigungen, unter denen vergleichende Konzessionen zu ertheilen seien, von den Umständen jedes einzelnen Falles und der pflichtmäßigen Anwendung der betreffenden Gesetze durch die zur Entscheidung berufene Königliche Regierung abhängen.

Die Finanzkommission des Herrenhauses ist bereits gestern früh zur Beratung des Gesetzes über die Erhöhung des

Sparverlustbetrages zusammengetreten.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teilte der Herr Ministerpräsident dem Hause mit, daß er so eben eine aus Helsingör dattirte Depêche erhalten habe, nach welcher deutlich das erste preußische Schiff, ohne anzulegen, mit wechsler Flagge den Sund passiert habe. Bezuglich der Petitionen, die Polizeiamtshof betreffend, wurden die Anträge der Kommission angenommen. Das Röhre im Morgen-

gesetz. Der Vorrichtung gemäß sollte jeden zweiten Sonn- und festtag Gottesdienst in dänischer Sprache gehalten werden; Prediger und Küster erschienen auch dazu bereit in der Kirche; es fehlt aber die Gemeinde, denn niemand hatte Reizigung einen Gottesdienst zu besuchen, der in einer der Gemeinde nicht verständlich und ihr wider ihren Willen aufzudringenden Sprache ihrer Freunde gehalten werden sollte. Die Elzbüller sprechen nämlich war die erwähnte Mischsprache, ihre ganze Bildung aber durchaus deutsch und die dänische Schriftsprache ihres fremden, besonders die Bibel- und Kanzelsprache. Um ein Beispiel von vielen anzuftischen, so weiß jeder Elzbüller sehr wohl, was "Geweten" (Gewissen) aber nicht, was Sammtwichtigkeit bedeutet. Also, dänischer Gottesdienst konnte in Elzbüll aus Wangel an Zuhörern nicht gehalten werden und ist auch, mit alleiner Ausnahme des Tages, an dem der Bischof im Jahr 1855 Generalvisitation abhielt, zu welcher der Prediger durch Bitten und Flehen einige Wenige vermochte, in die Kirche zu kommen, nicht gehalten worden, während an den deutschen Sonntagen die Kirche voll war. Im Oktober 1856 nun stand sich die dänische Regierung veranlaßt, den Prediger, den die Gemeinde zu Anfang der vierzigsten Jahre selbst gewählt hatte, mit einer Pension von 500 Rigsdaler (375 Thlr. Pr.) seines Amtes zu entlassen und hat nur als Nachwahl drei dänische Kandidaten präsentirt. Sobald dies bekannt wurde, reichten die Kirchenvorstände vor dem Namen der Gemeinde bei dem Kirchenvorstand (Amtmann und Probst) ein Schreiben an das Ministerium ein, daß die Wahlpredigten in deutscher Sprache gehalten werden möchten, worin sie erklärten, daß, wenn dieselben dänisch gehalten würden, sie mit der ganzen Gemeinde gleichzeitig wären, am Tage der Wahl in Protokoll zu geben, daß sie die Predigten nicht verstanden hätten und aus dem Grunde ihre Stimmen nicht abgeben könnten. Sie wören durch den empfangenen deutschen Schulunterricht und ihr ganzes kirchliches und religiöses Leben lediglich auf den Gottesdienst angewiesen und befürwortet, und müßten eine Bürgschaft haben, daß ihr künftiger Prediger in deutscher Sprache in ihren Herzen reden könnte etc. Auf dieses Schreiben hat das Ministerium reagiert, daß kein genügender Grund vorhanden sei, weshalb die Wahlpredigten nicht in dänischer Sprache gehalten werden könnten. — Ueber die Wahl, welche wohl gegen das Ende des April stattfinden wird, werde ich Ihnen seiner Zeit berichten.

Frankreich.

Paris, 30. März. Die neuenburger Konferenz hält aller Wahrscheinlichkeit nach morgen eine weitere Sitzung. Die Hoffnungen in Beziehung auf den günstigen Ausgang der Konferenz haben durch eine Rede des Dr. Kern bei dem vorigen Festmahl der "Helvetischen Gesellschaft" eine neue Bestätigung erhalten. Beißung will ich bemerken, daß mir offizielle Welt findet, daß die schweizerische Entwicklung schon viel zu lange Diplomatie und Presse in Aufmarsch nimmt und dringend wünscht, daß die verbindlichmäßige unbedeutende Frage endlich eine definitive Entscheidung finde. — Brief aus Triest meldet, daß Graf Paar und Graf Favore in der französischen Welt von eindrücklicher Ablösung gesprochen und sich in Ausbildung des entschiedensten Bedauens über den Abbruch gegenseitiger Verbindungen ergangen haben. Ein Gericht, das aus guter Quelle kommt, spricht von der nahe bevorstehenden Ankunft des Grafen Paar in Paris. — Das französische Kabinett ist nicht wenig erfreut über den Sieg Lord Palmerston's bei den englischen Wahlen. Es ist dies leicht erklärlich, wenn man sich erinnert, welche glänzenden Verdienste Lord Palmerston um die englisch-französische Allianz hat; es ergibt sich aber andere Seite daran auch, welchen großen Werth Napoleon III. jordiuernd auf diese Allianz legt. — Den letzten Nachrichten aus Neapel zufolge scheint es wichtig, daß König Ferdinand die Maßregeln wegen Verbannung der Gefangenen nach Südamerika und wegen Anlegung von Docks in Neapel für geeignet hält, die Wehrmacht aufzustellen. Hier scheint man nicht ganz abgeneigt, mit diesen Zugeständnissen einstweilen vorlieb zu nehmen, namentlich wenn auch Poerio und Sittimbrini die Auswanderung annehmen sollten.

Paris, 30. März. Am Sonnabend fand unter dem Vorzeichen des Obersten Barman hier ein großes schweizerisches Festmahl statt. Dr. Kern, der den Ehrenplatz eingenommen, hielt eine längere Rede, in der er eine nahe Beilegung des neuenburger Streites in Aussicht stellte. Er hob die französischen Eröffnungen hervor, welche der Kaiser Napoleon für die Schweiz gegeben und fand darin eine schiere Bürgschaft, daß das bevorstehende Abkommen nichts mit der Ehre der Schweiz unverträglich enthalten werde. Gestern erhielt Dr. Kern die von ihm eingeforderten Instrumente des Bundesbriefs, und man glaubte deshalb, daß schon heute die fünfte Sitzung der Konferenz stattfinden werde; infolge ist dieselbe auf morgen verschoben worden. Dr. Kern hatte inzwischen längere Unterredungen mit Lord Cowley und dem räson. Balawski, die er von dem Inhalte seiner Reden in Kenntniß setzte. So viel verlautet, solchen dieselben nicht die einfache Annahme der preußischen Vorschläge in sich und erheben namentlich Einwendungen gegen die französische Entscheidung von 2 Mill. francs. Die offizielle "Partie" stellt denn auch bereits noch eine längere Dauer der Verhandlungen in Aussicht, wobei allerlei delicate Punkte in sich schlüpfen; an der endlichen definitiven Abweidlung ist indessen nicht zu zweifeln. — Die dänische Angelegenheit läuft, die französische Diplomatik zu beschäftigen; die Anerkennung jedoch, daß das Londoner Protokoll in Betreff der deutschen Herzogthümer ebenso unhalbar und den geographischen und nationalen Verhältnissen widersprechende Zustände geschaffen habe, wie die Wiener Verträge in Betreff Neuenburgs, scheint erst der Zukunft vorbehalten. — Am letzten Sonnabend hatte der Kärt. Danisch eine neue Konferenz mit dem Grafen Balawski. Das Ergebnis verließt wünschbar, wie man wissen will, eine demodist bevorstehende Zusammenkunft des Fürsten mit dem thüringischen Gesandten Mahomed-Oschmili. — Beide Seiten halten sich bis jetzt noch nicht sehen wollen.

Der gescheiterte Körper schreibt heute in seinen Vorträgen zur Erhöhung des Budgets für 1858. Die Diskussion verbreite sich hauptsächlich über die neue Mobilisierung. Von 7 Kreisen erwarten 5 ihre Kommissionen, sie sind sämtlich den Vorstellungen der Regierung gänzlich, und es leidet somit keinen Zweifel, daß die neue Steuer auf uns geringen Widerstand stoßen wird. Sollte alle Rechte in den Kreisen erläutert, daß sie das Budget, so wie es vorgesezt worden, votieren würden. Von einigen erlaubten sich die Bewertung, daß die Vorlage, ungeachtet einer scheinbaren Verminderung, doch im Grunde einen Zuwachs von vielen Millionen aufweise und daß, wenn man so fortsetze, dasselbe bald zu 2 Millarden heranwachsen werde. — Jäger- heim möcht eins Prophete des Herrn Reg. de Forester, Administrators der Straßburger Eisenbahn, worin dieser der Regierung Dieselbe habe nämlich die Konfession zu bestimmten Bedingungen verliehen und würde sie nur nachdrücklich erfordern. — Das "Journal des Débats" bekämpft heute in einem zweiten Artikel den vor dem Staatsrat gebrachten Gesetzentwurf, die unrichtmäßige Annahme von Adelsstiteln betreffend. Ein solches Gesetz existierte schon seit langer Zeit, aber selbst die Restaurationsregierung, welche doch genug das meiste Recht und Interesse daran, dasselbe in alter Strenge zu handhaben, da sie es bald in Vergessenheit geriet. Wahrscheinlich habe man die beiden Hauptstädte schon damals herangetragen. Erstlich erkläre das Gesetz nämlich den wahren Adel eben so gut und noch mehr, als den falschen treffen. Denn eine große Anzahl französischer Familien, welche unter der Restaurationszeit ihre alten Adelsstitel wiederannahmen, würden schwerlich Beweise dafür vorbringen können, da diese während der Revolution verloren gegangen seien. Für diese Familien führt sich der rechtmäßige Besitz des Adelsstitels nur darauf, daß dieselben notwendig seien. Dasselbe kann aber auch bei dem falschen Adel der Fall sein, sobald derselbe nur einige Generationen überdauert. Ein Gutsherr z. B. nehme den Namen seiner Besitzung an, und nenne sich Herr von N.; seine Nachbarn kennen ihn unter diesem Namen und führen den Raufnamen seines Sohnes, finde er leicht zwei Neugen, die gegen das "Bon" nichts einwenden haben; entgeht dieser Nutzen dem Gesetz, so ist bei der folgenden Generation der Adelsstitel unangreifbar. Uebrigens werde mit dem Adelsstitel weniger Missbrauch in bürgerlichen Altersstädten, wie Toulouse etc., getrieben, als vielmehr im täglichen Leben, in den Salons, auf Briefen, Bistumsakten etc. Wollt die Polizei hier einschreiten, so müßte sich doch zu sehr in das Privatleben mischen. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Wie könnte man diese Reaktionen beobachten, ohne mit tiefer Begeisterung und einziger Bejähmung zu gestehen, daß die Manie der willkürlichen Annahme des Adels unter uns die selbstsame Ausdehnung gewonnen hat und ein trauriges Zeugnis für die unaufhörlichen Fortschritte der Dummmheit und Eitelkeit ablegt. Mitten in dieser Überflutung von Namen, die den Besitzungen entnommen sind, dieser Zergliederung bürgerlicher Namen, um ein „de“ heranz zu bringen, in dieser allgemeinen Annahme von Titeln wird es sehr bald eine Auszeichnung und ein Beweis von Verdienst sein, wenn man seinen wahren Namen bewahrt; die Gesellschaft wird so abelig, daß kaum Platz für die klug bleibt, welche auf ihrer bürgerlichen Herkunft bestehen.“

Die zahlreichen Verhaftungen, die seit einigen Tagen stattfinden (man spricht schon von 80) erregen bedeutendes Aufsehen. Ob es nicht ratsam ist, viel vorsichtiger zu sagen. Es soll sich um ein Komplott handeln, dessen Zweck das Gericht sehr verschieden angibt. Unter den bis jetzt verhafteten Personen befinden sich die Herren Morin und Lacaze, beide Mitarbeiter der "Revue de Paris". Morin war früher Mitarbeiter am "Avenir". Gegen den Studentenkampf. Berfaßer der "Chants de haine", der wegen der Blaue Rizard in sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, ist ebenfalls ein Verhaftungsbeschluss erlassen worden; die Polizei ist deshalb bis jetzt aber noch nicht habhaft geworden. Es sollen bei einem der Verhafteten Institutionen vor einer der hervorragendsten Verbindlichkeiten aus der Zeit der Februarrevolution gefunden worden sein. — In Bezug auf die polytechnischen Schule hält man, daß mit Ausnahme von 16 Schülern aus dem Anfang angefangenes Abteilung wieder aufgenommen werden soll. Man sagt jedoch hingegen, daß die Regierung die Abfahrt habe, der polytechnischen Schule eine Organisation zu geben, ähnlich der Schule von St. Cyr, wo belauft Infanterie-Offiziere gebildet werden. Die polytechnischen Schüler sollen nämlich geworben werden, sich als gemeinsame Soldaten in der Armee einschreiben zu lassen und die Schule habe das Recht haben, sie bei dem geringsten Vergehen als gemeine Soldaten in die Armee zu führen. Die Gedanken des Prinzen Eugen machen den Verleger der Memoiren des Herzogs von Roquigny einiges Probel. Sie wollen denselben abtun, die behaupten, die beispiellosen Behauptungen über den Prinzen zu unterstreichen. — Der Maréchal Randon ist von seinen Ausfahrten nach der Dauphiné wieder nach Paris zurückgekehrt, wo er sich nur noch kurze Zeit aufzuhalten wird, um dann nach Alger sich zurück zu begeben. — Es heißt, daß der "Moniteur" in kurzem die Anerkennung bringt wird, daß der kaiserlichen Familie eine neue Vernehmung bevorstehe.

Nach dem "Moniteur" ist eines der unter Leitung des Architekten des Kaisers auf dem Boulevard Magas, wo die Präsidial-Domäne ein Grundstück von 10,000 Meilen angestellt hat, erbaut und zu Wohnungen für die Arbeiterschaft bestimmte Häuser jetzt vollendet und soll für den Kostenpreis ausgegeben werden. Drei andere fast fertige Häuser werden in Kurzem folgen. Man hatte befohlen, daß dem lyrischen Theater im Budget von 1858 ein Staatszuschuß angesetzt werden solle; diese Angabe hat sich jetzt als irrig erwiesen. Überpartei bleibende Zuflüsse für die sogenannten kaiserlichen Theate unterliegen: 820,000 Fr. für die Oper; je 240,000 Fr. für Théâtre François und Opéra Comique; je 100,000 für Odéon und Théâtre Italien. — Die Notabilitäten des Journalismus erwähnen dieser Tage das von dem Banquier Vilhard gegebene Festmahl durch ein von zu Ehren veranstaltete Diner del Départ. — So eben ist in Paris der 15. Band von der "Histoire du Consulat" und dem "Empire" erschienen, in welchem Thiers die deutsche Erhebung und die Auseinandersetzung der nordischen Mächte, Napoleon's Anstrengungen zur Bildung einer neuen Armee und die Schlachten des Ägypten und Spanien schildert. — Am letzten Freitag wurde das gemästete Kaiserschiff "Alexander" (100 Kanonen) unter großer Feierlichkeit in Cherbourg vom Stapel gelassen. — Nach den amtlichen Durchschnittstabellen der Kornpreise im ganzen Lande waren dieselben im laufenden Monat etwas niedriger als im Februar. Ein ferneres Weichen wird zweifelhaft erwarten.

Großbritannien.

London, 30. März. Nach der heute erfolgten amtlichen Bekanntmachung der Wahlergebnisse in der City sind Duke mit 6664, Rothschild mit 6398, Russell mit 308 und Crawford mit 5908 Stimmen gewählt. Currie mit 4519 durchgesiegt. In Finsbury sind Duncombe und Cox gewählt (Barry und Reed gefallen). In Tower Hamlets sind Atherton und Butler gewählt (Sir W. Clay geschlagen). In Greenwich sind Godfrington (General) und Townmouth erweitert (Montague Chambers geschlagen). In Portsmouth sind Elphinstone und Daring (Sir Francis) gewählt (Ward geschlagen). In Southwark (London) gewählt (Ward geschlagen). In Southwark (London)

am 1. April. In der heutigen Sitzung des Landtags ist die Regierungsvorlage, betreffend die substantielle Abtrennung des Kammervermögens vom landeskatholischen, zur Beratung gelangt. Der Antrag der Ministerialer, welcher darauf gerichtet war, in eine Diskussion der Proposition — die 1854 angeführte Vereinbarung mit den Agnaten des protest. Hauses nicht gelungen und deren Protest nicht bestätigt sei — nicht einzugehen, blieb der Ministerialer und hat der Landtag beschlossen, die Auseinandersetzung der beiden Verhandlungsparteien vorzunehmen. — Vorher ist dem Landtage die Mittheilung gemacht worden, daß die zwischen Weimar und Meiningen bestehende Bandeheit über das Dorf Unterroth bei Eisenach durch Entscheidung des Oberappellationsgerichts zu Jena dem leitenden Staate zugesperrt ist. Die Anfrage, ob es habe die Staatsregierung nicht die Zustimmung des Landtags auf den Sprach des Oberappellationsgerichts mit S. Meinungen sich vereinbar dastehen, weil darin eine eventuelle Veräußerung eines Gebietstheiles enthalten sei, blieb in der Minderheit.

Aus dem Schleswischen, 29. März. Sie beweisen in Ihrem sehr geschädigten Blatte so warmen Anteil an dem Schicksal meiner von den Dänen zum Hohn Deutschlands so ergemischten Heimat, daß ich annehmen zu dürfen glaube, jede in der Wahrheit begründete Mittheilung, welche das Verhältnis der Dänen an's Reich zu bringen gesucht ist, und müssen auch die folgende, welche Ihnen nicht anwillkommen sein.

Die Gemeinde Elzbüll in der Propstei Lübeck im Herzogthum Schleswig an der Grenze des alten Nordfrieslandes verlegen, deren Bewohner zum Theil ein mit deutschen Wendungen und Ausdrücken stark vermischtes dänisches Patois sprechen, zum Theil aber auch der deutschen und niederländischen Sprache sich bedienen, hatte von hier bis 1851 deutsche Kirchen- und Schulsprache. Wie in so vielen andern Gemeinden, wurde im gesuchten Jahre wider den entschieden ausgeschworenen Willen der Gemeinde die dänische Kirchen- und Schulsprache hier ein-

